

Steuerabkommen Schweiz-USA

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **40 (2013)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911071>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine neue Rolle für einen Polarisierer

Vom Kind aus ärmlichen Verhältnissen zum Bundespräsidenten: Ueli Maurer, der Bundespräsident im Jahr 2013, hat eine ungewöhnliche Karriere hinter sich. An seine grossen Erfolge als SVP-Präsident konnte er bisher als Verteidigungsminister jedoch nicht anknüpfen.
Von Jürg Müller

Kaum je wurde ein Schweizer Politiker so verhöhrt wie Ueli Maurer. Von den Medien, von Politikern und Satirikern wurde er lange Zeit als Trottel und wenig mehr als ein Befehlspfeiler des SVP-Überraters Christoph Blocher dargestellt. Kaum je gab es aber auch einen so erfolgreichen Parteichef in der Schweiz. Maurer hat zwischen 1996 und 2008 die Schweizerische Volkspartei (SVP) zur wählerstärksten Partei des Landes gemacht.

Der Mann ist energiegeladener – und lernfähig. Schon seine Lehrerin im zürcherischen Hinwil erkannte seine Qualitäten und schlug ihn fürs Gymnasium vor. Doch der Spross der ärmsten Familie im Dorf und seine Eltern wollten von höherer Bildung nichts wissen. So machte Ueli Maurer eine kaufmännische Lehre und anschliessend das eidgenössische Buchhalterdiplom. Nun ist er eidgenössischer Bundespräsident, das Aushängeschild der Schweiz.

Ganz ohne Nebengeräusche ging der Wahllakt am vergangenen 5. Dezember nicht über die Bühne. SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin hatte schon im Sommer 2012 ein Störmanöver gegen Maurer lanciert: Einer, der keine Achtung vor politischen Gegnern habe, sei nicht wählbar, lautete Tschümperlins Verdikt. Doch der Angriff gegen den Verteidigungsminister war nicht mehr als eine Geschichte fürs Sommerloch. Selbst die SP hat Maurer schliesslich brav zur Wahl empfohlen. Diese war dann allerdings mit 148 von 202 Stimmen glanzlos.

Zahlreiche Turbulenzen

Ueli Maurer polarisiert auch heute – wie damals als Parteichef. Er hat nach den ersten vier Amtsjahren als Bundesrat und Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) auch keinen überragenden Leistungsausweis. Zwar ist es unfair, ihn ständig an seinem bei Amtsantritt geäusserten Spruch zu messen, er wolle «die beste Armee der Welt» schaffen. Doch auch ohne diese hohe Messlatte bleibt die Bilanz durchgezogen. Die notorischen Kritiker von links werfen Maurer Konzeptionslosigkeit

vor, und die Experten bemängeln, dass er an einem nostalgisch-traditionellen Armeekonzept festhalte. So spricht sich beispielsweise Hans-Ulrich Ernst, der frühere Generalsekretär des Militärdepartements, regelmässig und pointiert gegen die Kampfflugzeugbeschaffung zum jetzigen Zeitpunkt aus. Beruhigung bei den Turbulenzen um den neuen Kampfjet zeichnet sich nicht ab. Der Bundesrat hat das Geschäft zwar verabschiedet, dieses Jahr sind National- und Ständerat am Zug – und dann wahrscheinlich auch das Volk. Die Skepsis ist gross, nicht allein bei der Linken. Die Evaluation des technisch nicht über alle Zweifel erhabenen schwedischen Gripen ist für Maurer schlecht gelaufen. Der Verteidigungsminister hat Angriffsfähigkeiten geboten, weil er etwa in der Öffentlichkeit widersprüchliche Aussagen gemacht hat (siehe «Schweizer Revue» 5/2012).

Auch in anderen Bereichen gab es in der bisherigen Amtszeit Ueli Maurers einige Pannen und Peinlichkeiten. So musste Maurer den alle zehn Jahre fälligen «sicherheitspolitischen Bericht» mehrmals nachbessern, bis ihm der Bundesrat den Segen erteilte. Oder im Frühjahr 2012 musste die Armee gestehen, sie wisse nicht, ob 27 000 ehemalige Wehrmänner ihre Waffe abgegeben haben, weil 27 000 Datensätze verloren gegangen seien. Und im Herbst 2012 platzte ein Skandal im Nachrichtendienst des Bundes (NDB): Ein Mitarbeiter kopierte über eine längere Zeitspanne Festplatten mit geheimen Daten. Der Fall hat der Glaubwürdigkeit des Schweizer Geheimdienstes auch international massiv geschadet. Personelle Konsequenzen wurden gefordert, doch Maurer hält an Geheimdienstchef Markus Seiler fest.

Höflich und dossierfest

Es gibt aber durchaus auch den anderen Ueli Maurer, jenen, der durch

greift. So hat er den sehr grosszügigen Einsatz von Limousinen mit Chauffeur durch hohe Chargen der Armee stark zurückgebunden. Auch hat er – mit Hilfe des früheren Swisscom-Chefs Jens Alder – Ordnung in die Informatikabteilung des VBS gebracht, wo ihn das schliesslich zum Ziel führt, ist gut möglich.

Maurer sei höflich und verbindlich, sagen Leute in seiner Umgebung. Bei der Führung des VBS stützt er sich auf einen ganz kleinen Kreis von engsten Vertrauten. Dazu gehört in erster Linie Armeechef André Blattmann, den Maurer seit seiner Jugend kennt. Überdies gilt Maurer als äusserst dossierfest: Sogenannte Speaking Notes, Zusammenfassungen seiner Mitarbeiter, braucht er grundsätzlich nicht, selbst bei komplexen Dossiers verzichtet er darauf. Gegenüber der Landesregierung seien sein Verhalten und seine Mitarbeiter «engagiert und absolut loyal», sagt ein Insider. Er hat den Rollenwechsel vom polternden Parteichef zum Bundesrat offenbar souverän gemeistert.

Maurer fällt tatsächlich weniger häufig und weniger offensichtlich aus der Rolle des Ma-

gistraten als Christoph Blocher während dessen Zeit als Bundesrat. Er schafft den Spagat zwischen seiner Partei und dem Bundesratsamt ganz gut. Allerdings vermeidet er auch – anders als sein Vorgänger Samuel Schmid –, auf Distanz oder gar auf Konfrontationskurs zu seiner Partei zu gehen. Subtil ans Werk macht sich Maurer, wenn er die Parteimeinung über jene des Bundesrates stellt. In einer öffentlichen Rede vom vergangenen November beispielsweise distanzierte er sich in der Sache unzeitweilig, in der Wortwahl aber moderat von der offiziellen bundesrätlichen Europapolitik. Unzweifelhaft ging er mit der EU selbst ins Gericht: Er verglich sie mit der Heiligen Allianz von 1815, in welcher sich die Monarchien Europas gegen die bürgerlichen und nationalstaatlichen Freiheitsbestrebungen zusammenschlossen.

Poltern hat Tradition

Die EU ist ohne Zweifel das Feindbild Nummer eins des neuen Bundespräsidenten. Da vergreift er sich auch ab und zu im Ton. Im Sommer 2012 etwa schoss er eine Breitseite gegen Brüssel und die EU-freundlichen Kräfte im Land. «Niemand, der noch alle Tassen im Schrank hat, will heute noch in die EU», polterte er. Solch verbale Engleitionen und Ausfalligkeiten hatten bei Ueli Maurer während seiner Zeit als Parteipräsident Tradition. Nur ein Beispiel: Nach der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher 2007, als der verbleibende SVP-Bundesrat Samuel Schmid sich gegen den Willen der Partei weidig liess, erklärte Maurer, Schmid sei für die SVP «so gut wie klinisch tot».

Als Kind soll Ueli Maurer eher schüchtern gewesen sein. Mit Sport, vor allem mit Klettern, Skispringen und Velofahren – bei der Radfahrertruppe brachte er es bis zum Major – erkämpfte er sich Ansehen. Sportlich ist der Verteidigungs- und Sportminister geblieben: So

fährt er auch heute, 62-jährig und sechsfacher Vater, meist mit dem Velo von Münsingen, seinem Arbeitswohnsitz, nach Bern – bei jedem Wetter und nicht selten noch mit einem kleinen Abstecker, eine Strecke von 15 bis 20 Kilometern, je nach Route.

Durchschnittlich und wenig auffällig verlief Maurers berufliche und, bis zu seiner Wahl zum SVP-Präsidenten 1996, auch seine politische Karriere: Geschäftsführer einer landwirtschaftlichen Genossenschaft und später des Zürcher Bauernverbandes, Gemeinderat in Hinwil, Zürcher Kantonsrat, 1991 dann die Wahl in den Nationalrat. So richtig brillierte er erst als SVP-Präsident. Sein Erfolgsrezept zum Aufbau der Partei: Knochenarbeit und Provokation. Er tourte durchs ganze Land, besuchte unermüdlich SVP-Sektionen, half beim Aufbau neuer Stützpunkte der Volkspartei auch in Landesteilen, in denen die SVP noch kaum verankert war. Zwölf neue Kantonalparteien und 600 lokale Sektionen wurden gegründet. Er trimmte die Partei zur rechtskonservativen Truppe, zur Partei der einfachen, provokativen, populistischen Botschaften. Heiss umstritten waren die unter Maurer lancierten Plakataktionen, wie das Messerstecherplakat, die auch im Ausland Aufsehen erregten.

Fast ein Auslandschweizer

Nun steht Maurer vor Herausforderungen ganz anderer Art. Als Bundespräsident sind Qualitäten gefragt, die bisher nicht zu seinen Kernkompetenzen gehörten: integrative Fähigkeiten, diplomatisches Geschick, geschicktes Auftreten, Lust am Repräsentieren, eine gewisse Weltgewandtheit eben. Eine Überraschung ist nicht ausgeschlossen: Denn niemand kann behaupten, Maurer kenne die Welt nicht. Als junger Mann reiste er per Autostop quer durch Europa. Dann ging er in die USA auf den Spuren seines Grossvaters, der sich in Alaska als Goldgräber betätigt hatte. Und selbst der Anfang der bis heute andauernden Liebesgeschichte zwischen Ueli und Anne-Claude atmet den Duft der grossen, weiten Welt: Während seiner USA-Reise, auf einem Flughafen, lernte er seine spätere Frau kennen. Und beinahe wären Maurers Auslandschweizer geworden: 1992 wälzten sie Pläne, nach Kanada auszuwandern und sich dort eine Existenz als Farmer aufzubauen.

JÜRGEN MÜLLER ist Redaktor der «Schweizer Revue».

Steuerabkommen Schweiz–USA

Die Schweiz und die USA haben sich Anfang Dezember 2012 in Washington auf ein Abkommen zur erleichterten Umsetzung der US-Steuererhebung FATCA geeinigt. Betroffen sind auch Auslandschweizer.

Mit dem am 18. März 2010 in Kraft getretenen «Foreign Account Tax Compliance Act» (FATCA) wollen die USA erreichen, dass alle Einkünfte von in den USA steuerpflichtigen Personen über im Ausland gehaltene Konten der Besteuerung in den USA zugeführt werden können. FATCA verlangt von ausländischen Finanzinstituten grundsätzlich, mit den US-Steuerbehörden ein Abkommen abzuschliessen, das sie verpflichtet, Meldungen über identifizierte US-Konten vorzunehmen.

Das Abkommen sieht für wesentliche Teile der schweizerischen Finanzindustrie Vereinfachungen vor:

- Sozialversicherungen, die privaten Vorsorgeeinrichtungen sowie die Schadens- und Sachversicherungen sind vom Anwendungsbereich ausgenommen;
- Kollektivanlagevehikel sowie Finanzinstitute mit vorwiegend lokaler Kundschaft gelten unter bestimmten Voraussetzungen als FATCA-konform und unterliegen nur einer Registrierungspflicht;
- Die Sorgfaltspflichten für die Identifikation von US-Kunden, denen schweizerische Finanzinstitute unterliegen, sind so gestaltet, dass sie den administrativen Aufwand in vertretbaren Grenzen halten.

Das Abkommen stellt sicher, dass von US-Personen bei Schweizer Finanzinstituten gehaltene Konten entweder mit Zustimmung des Kontoinhabers oder auf dem Amtshilfeweg mittels Gruppensuchen an die US-Steuerbehörden gemeldet werden. Falls keine Zustimmung vorliegt, werden Informationen nicht automatisch, sondern nur auf der Grundlage der Amtshilfebestimmung ausgetauscht. Als US-Personen gelten auch Auslandschweizer mit Wohnsitz in den USA oder schweizerisch-amerikanische Doppelbürger in der Schweiz.

Das Abkommen unterliegt der Genehmigung durch die eidgenössischen Räte und dem fakultativen Staatsvertragsreferendum. Die Inkraftsetzung ist für Anfang 2014 vorgesehen. (Sf)

